

durch ihre Bürgerkriegspläne machte. Obwohl ihnen das am 13. August eindeutig demonstriert und ihnen auch gleichzeitig damit die militärische Stärke der DDR an der Seite ihrer Waffenbrüder in den sozialistischen Staaten gezeigt wurde, haben die Bonner Politiker dennoch nicht auf ihre Aggressionsabsichten gegenüber der DDR verzichtet. Sie fordern vielmehr „das letzte Risiko“.

Darf unser Staat, unsere Republik eine solche Entwicklung übersehen? Die Erfahrungen lehren, daß die konsequente Friedenspolitik mit der Stärkung unserer Verteidigungskraft verbunden sein muß. Das ist eine überaus wichtige Maßnahme, um die Aggressionsgelüste des Imperialismus zu zügeln.

Wenn der deutsche Imperialismus bisher zu seinen Kriegsabenteuern antrat, dann wurde davon immer das ganze Volk betroffen. Heute existiert die Deutsche Demokratische Republik, ein Arbeiter- und Bauern-Staat in Deutschland, heute trägt dieser Staat damit die Verantwortung, daß den Kriegsabsichten des deutschen Imperialismus und Militarismus entschieden begegnet wird. Unsere Republik hat aus der Vergangenheit gelernt. Deshalb auch jetzt die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht.

Manche sagen, wir würden mit der Wehrpflicht bei uns jetzt dasselbe tun wie die in Westdeutschland. Aber es ist doch nicht dasselbe, ob eine Armee den deutschen Militaristen und Imperialisten zur Aggression nach außen und zur Niederhaltung der Massen im Innern, oder ob sie der Verteidigung des Friedens und des Sozialismus dienen.

Der deutsche Imperialismus und Militarismus hat bisher die Wehrpflicht immer dazu mißbraucht, um deutsche Söhne und Männer in eine Armee zu zwingen, die für die Interessen der Monopole auf die Schlachtfelder getrieben und dort verheizt wurde. Die deutschen Imperialisten wollten das Getreide in der Ukraine, die Kohle im Donbass, das Eisenerz in Lothringen und Narwik, sie wollten Erdöl, Mangan und Nickel in fast allen Ländern Europas. Und Millionen

Menschen mußten dafür ihr Leben lassen. Heute will Bonn dasselbe, was das Kriegs- und Revanchegeheiß zur Genüge beweist. Daraus gibt es nur eine Schlußfolgerung: Die Wehrpflicht in Westdeutschland dient erneut den verbrecherischen Interessen der Bonner Monopole.

Anders bei uns in der Deutschen Demokratischen Republik. Bei uns sind die Militaristen davongejagt, bei uns sind die Monopolisten enteignet. Uns, den Arbeitern und Bauern, gehört das Land und gehören die Betriebe. Wir haben dieses Land bestellt, haben die Betriebe weiterentwickelt und neue Betriebe aufgebaut, wir haben Sozialleistungen, wie sie in kapitalistischen Ländern nie denkbar sind, wir haben ein großartiges Bildungssystem, wir, die Deutsche Demokratische Republik, nennen das alles unser eigen. Das ist der Sozialismus, das ist unser sozialistisches Leben. Zu seinem Schutz lehren wir unsere Jungen das Waffenhandwerk, erziehen wir die wehrfähigen Bürger zu treuen Kämpfern für die Republik, für den Frieden und für den Sozialismus.

Der Schutz der Republik vor jedem verbrecherischen Anschlag dient nicht allein dem sozialistischen Aufbau, er kommt nicht allein unseren Menschen zugute. Die Stärkung der Verteidigungskraft der Deutschen Demokratischen Republik bedeutet auch Schutz des Friedens für ganz Deutschland. Unsere Stärke warnt die westdeutschen Militaristen und Imperialisten. Sie erinnert sie daran, daß wir nicht mehr 1914 oder 1939 schreiben. Heute ist die deutsche Arbeiterklasse nicht mehr „nackt unter Wölfen“, sie hat bereits eine Volksarmee, die nunmehr noch durch die Wehrpflicht eine weitere Stärkung erfährt. Und eben diese Volksarmee schützt den Frieden in ganz Deutschland. Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in der DDR entspricht somit den nationalen Interessen des ganzen deutschen Volkes.

Aber nicht allein, daß unser Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht nur nationale Bedeutung hat. Wir erfüllen damit auch unsere Pflicht gegenüber dem ganzen sozialistischen Lager. M.C.